

2022/II/Ges/9

Beschluss

Annahme

Ergebnisoffene Verhütungsberatung fördern – ökonomische Anreize reduzieren!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Vergütungssystem der Quartalspauschale pro Fall in kassenärztlichen Praxen auf Möglichkeiten zur Sicherstellung einer adäquaten und ergebnisoffenen Beratung zur Verhütung überprüft wird. Dabei soll insbesondere in den Blick genommen werden, inwiefern derzeit wirtschaftliche Anreize für ein "schnelles und einfaches Rezeptausstellen" bestehen und wie diese verhindert werden können.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung